

## 4. Wie fördern Sie künftig die persönliche Assistenz oder häusliche familiäre Pflege?

### CSU

Pflegende Angehörige werden mit dem bayerischen Landespflegegeld unterstützt. Das Landespflegegeld gibt es nur in Bayern. Aktuell profitieren weit über 400.000 Pflegebedürftige, insgesamt wurden bereits knapp 2 Mrd. Euro ausbezahlt. Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln. Wir bauen die Pflegeinfrastruktur weiter aus. Zusätzlich zu den bereits seit 2018 geförderten 4.000 neuen Pflegeplätzen wollen wir bis zum Jahr 2028 8.000 neue Pflegeplätze fördern. Wir wollen dringend auch mehr qualifizierte Fachkräfte in den Pflegeberuf bringen. Dazu brauchen wir eine angemessene Bezahlung und attraktive Rahmenbedingungen. Die Humanität unserer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Vulnerablen umgeht. Ob jung oder alt, Kranke und Hilfsbedürftige haben eine verlässliche Pflege verdient. Eine würdevolle und gute Versorgung ist Auftrag unseres christlichen Menschenbildes. Wir wertschätzen unsere Pflegekräfte. Ihr Einsatz verdient Respekt und Anerkennung. Wir brauchen eine Revolution in der Pflege. Jeder Pflegebedürftige soll in jeder Phase der Pflegebedürftigkeit die ihm gemäße Versorgung erhalten – egal wo sie stattfindet: Daheim, in einer Wohngemeinschaft, im betreuten Wohnen oder in einer stationären Einrichtung. Eine Tagespflege muss so selbstverständlich sein wie eine Kindertagesstätte. Eine flächendeckende Beratung, leicht zugängliche Unterstützungsmöglichkeiten und die Verfügbarkeit der ambulanten Pflege müssen in Stadt und Land gleichermaßen gewährleistet sein. Dazu gehört eine Flexibilisierung von Leistungen und eine Regionalisierung von Strukturen. Pflegende Angehörige und Freunde von Pflegebedürftigen sind das Rückgrat der Pflege in Deutschland. Sie leisten einen entscheidenden solidarischen Beitrag und bedürfen deshalb unserer besonderen Unterstützung. Auf eine faire und verträgliche Aufgabenverteilung hat der Staat zu achten.

### GRÜNE

Für ein selbstbestimmtes Leben ist die ambulante personelle Unterstützung zu Hause, bei der Arbeit, Freizeit und Bildung erforderlich. Dafür fördern wir mit den Bezirken ambulante Dienste vor Ort, erleichtern ihnen flexible ambulante Angebote und geben Planungssicherheit mithilfe von Leistungsvereinbarungen. Menschen mit Hilfebedarf erhalten auf Wunsch unbürokratisch ein bedarfsgerechtes persönliches Budget zur Organisation ihres selbstbestimmten Lebens. Bewohner\*innen von stationären Einrichtungen unterstützen wir mit einem unabhängigen Beschwerdemanagement, fördern ihre Partizipation und verbessern Kontrollmechanismen.

**Freie Wähler** Die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz am Arbeitsplatz können beispielsweise für schwerbehinderte Menschen unter bestimmten Voraussetzungen übernommen werden. Der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt stößt unter Berücksichtigung von Art oder Schwere der Behinderung auf besondere Schwierigkeiten, so dass die entsprechende Leistung dazu beitragen soll, die berufliche Eingliederung zu ermöglichen, zu erleichtern oder zu sichern. Insbesondere Arbeitgeber bzw. Unternehmen der freien Wirtschaft sollten verstärkt hinsichtlich Eingliederungsmaßnahmen von Menschen mit Behinderung sensibilisiert und aufgeklärt werden, um mit bestehenden Vorurteilen (Kündigungsschutz, Leistungsfähigkeit, etc.) aufzuräumen. Ziel muss es sein, dass Menschen mit Behinderung – u.a. auch unter Inanspruchnahme entsprechender Arbeitsassistenzen – einen für ihren individuellen im Arbeitskontext passenden Arbeitsplatz finden können.

Als vordringlichstes Ziel treten wir FREIE WÄHLER zudem für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und lebenswerter Bedingungen in ganz Bayern ein. Wichtig ist uns, dass niemand aus seinem vertrauten Lebensumfeld herausgerissen werden muss, weil es die erforderlichen Pflegeangebote nur in den Ballungsräumen gibt. Hierzu ist der Ausbau von Quartierskonzepten für ältere Menschen in ihrer häuslichen Umgebung, die Bedarf an Unterstützung im Alltag bzw. sozialen Kontakten haben, ambulant betreuten Wohngemeinschaften, Wohngruppen für Demenzpatientinnen und Demenzpatienten sowie ein angemessenes Angebot an ambulanten Pflegediensten erforderlich. Gleichzeitig brauchen wir aber auch eine teilhabeorientierte Infrastruktur, die die Mobilität der Menschen ermöglicht, sowie Beratungs- und Vernetzungsstrukturen, die Stärkung ehrenamtlichen Engagements und die Vorhaltung sozialräumlicher Sorgestrukturen. Vor diesem Hintergrund machen wir uns für den Ausbau der Förderrichtlinie „PflegeSoNah“ stark. Ein wesentlicher Faktor bei der Unterstützung pflegender Angehöriger ist für uns auch die Herausforderung der Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie.

**AfD** s. **INKLUSION SCHULE** (AfD war für die Landtagswahl Bayern nicht bei WPS angemeldet)

**SPD** Wir als BayernSPD wollen den Nachteilsausgleich, den bisher schon blinde, taubblinde und hochgradig sehbehinderte Personen erhalten, auf alle schwerbehinderten Menschen ausweiten. Durch das Bundesteilhabegesetz wurden die Bestimmungen zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen für Personen, die Eingliederungshilfe beziehen, deutlich verbessert. Wir wollen eine weitere Anhebung der Vermögensfreigrenze auf 100.000 Euro. Wir wollen die Ungleichbehandlung von alten und neuen Erwerbsminderungsrenten beseitigen und dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen bei behinderungsbedingter Erwerbsminderung in Würde am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Um allen Menschen mit Behinderung individuelle Assistenzleistungen zur

Teilhabe zu ermöglichen, wollen wir die Zugangsvoraussetzungen zum Persönlichen Budget deutlich erleichtern.

Um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitswesen für Menschen mit Behinderung sicherzustellen, wollen wir, dass Krankenhäuser und Arztpraxen barrierefrei ausgestattet werden. Dies bezieht sich neben baulicher Barrierefreiheit auch darauf, dass medizinisch relevante Informationen und die Aufklärungspflicht in Leichter Sprache verfügbar gemacht und dass die Möglichkeiten und Finanzierung für die persönliche Assistenz behinderter Menschen im Krankenhaus verbessert werden. Zudem muss die Finanzierung von Leistungen der Arbeitsassistenz aus der Ausgleichsabgabe gesichert sein.

## **FDP**

häusliche familiäre Pflege: Wir fordern die Einführung eines liberalen Pflegebudgets. Um das zu erreichen, wollen wir alle Leistungsansprüche aus dem Pflegegesetz in ein flexibles Budget überführen. Dessen Umfang wird nicht abhängig von der Versorgungsform (z.B. häusliche Pflege), sondern vom Pflegegrad sein. Jede Person soll selbst entscheiden können, welche Hilfen und Leistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Dazu wollen wir alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget überführen, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann. Ein Case-Management stellt die Qualität der Versorgung sicher.

Zudem wollen wir die Zahl an Entlastungsangeboten wie Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege im Freistaat deutlich ausbauen. Pflegenden Angehörige in Bayern brauchen dringend mehr Entlastung - sei es im Alltag durch eine Tagespflege oder in Krisensituationen durch eine Kurzzeitpflege. Hierzu wollen wir bestehende Förderprogramme weiterentwickeln und ausbauen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel für die Einstreuung von Kurzzeitpflegeplätzen in akutstationären Einrichtungen anpassen und vereinfachen. Auch eine ausreichende Finanzierung solcher Angebote wollen wir sicherstellen.

Darüber hinaus wollen wir die Unterstützung im Alltag leichter zugänglich machen. Wir fordern die Vereinfachung der landesrechtlichen Anerkennungsverfahren für Anbieter von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach § 45 a SGB XI. Zudem verlangen wir die Entdeckung der dazu aufzurufenden Preise. Aktuell sind die Auflagen und Anerkennungsverfahren für Angebote zur Unterstützung im Alltag viel zu hoch und komplex.

## **LINKE**

Wir setzen uns dafür ein, die persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen zu stärken und auszubauen, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Ebenso unterstützen wir die familiäre Pflege und bieten Programme an, die Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen mit Behinderungen entlasten.

## **ÖDP**

Die ÖDP tritt dafür ein, Menschen mit Einschränkungen soweit wie möglich in das „normale Leben“ zu integrieren – unser Ziel ist eine echte Teilhabe. Das beginnt im Kindergarten und geht in der Schule und bei der Berufsausbildung weiter. Menschen mit Assistenzbedarf können eine Bereicherung für Lernende und Lehrende sein. Die ÖDP tritt für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege ein. Ziel ist, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es müssen neben den bestehenden ambulanten Pflegediensten zusätzliche Hilfsstrukturen (Besuchs-, Hauswirtschafts-, Einkaufs-, Fahr- und kleine Handwerkerdienste) weiter aufgebaut und besser gefördert werden, um den Menschen nach einem stationären Krankenhausaufenthalt die Rückkehr und das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Solche Hilfsangebote bestehen teilweise bereits, sind aber oft zu wenig bekannt, sodass wir neben verstärkter finanzieller Förderung auch eine bessere Vernetzung und koordinierte Beratung (Pflegenetzwerk mit Lotsenfunktion) fordern. Familie ist der wichtigste Ort für Pflege und Betreuung. Pflegende Angehörige leisten einen gesellschaftlich und menschlich höchst wertvollen Dienst. Sie müssen, z. B. durch ein Pflegegeld, finanziell, arbeitsrechtlich und rentenrechtlich in die Lage versetzt werden, für pflegebedürftige Angehörige in der gewohnten häuslichen Umgebung zu sorgen. Zur finanziellen Absicherung von pflegenden Angehörigen ist das bayerische Landespflegegeld deutlich aufzustocken, damit die Pflegearbeit in den Familien nicht zum Armutsrisiko wird.

Die Antworten an die ARGE ([www.arge-bamberg.de](http://www.arge-bamberg.de)) kamen von diesen Personen im September 2023:

### **CSU**

**Björn Reich**, Bereichsleiter und Referent für Klima und Umwelt, CSU-Landesleitung, München

### **GRÜNE**

**Réka Lörincz**, Referentin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Bayern, München

### **Freie Wähler**

**Team Pressestelle**, FREIE WÄHLER Bayern, München

### **SPD**

**Vincent Hogenkamp**, Grundsatzreferent, Landesverband der BayernSPD, München

### **FDP**

**Frederic Schneider**, FDP Bayern, München

### **LINKE**

**Sarah Eichberg**, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands DIE LINKE., Ingolstadt

### **ÖDP**

**Raphael Mankau**, politischer Referent, ÖDP-Landesgeschäftsstelle Passau